

▶▶▶ Eine Neuauflage der Vereinten Nationen ist nötig



Quelle: pixabay.com

Dieser Tage findet die 78. Tagung der Vereinten Nationen – Generalversammlung in New York statt. Im Mittelpunkt stehen das Engagement für den Multilateralismus und eine regelbasierte internationale Ordnung. Angesichts zahlreicher globaler Krisen wie des illegalen Kriegs Russlands gegen die Ukraine, der Lage im Sahel und der Klimakrise stehen die Vereinten Nationen vor kaum zu bewältigenden Herausforderungen.

Die Vereinten Nationen (United Nations, UN oder United Nations Organization, UNO) sind ein

zwischenstaatlicher Zusammenschluss von 193 Staaten und als globale internationale Organisation ein uneingeschränktes anerkanntes Völkerrechtssubjekt.¹

Gemäß ihrer Charta sind die wichtigsten Aufgaben der UNO die Sicherung des Weltfriedens, die Einhaltung des Völkerrechts, der Schutz der Menschenrechte und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit. Im Vordergrund stehen zudem Unterstützung in wirtschaftlichen, sozialen, humanitären und ökologischen Belangen. Im Jahr 2020 feierte die UNO ihr 75-jähriges Bestehen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit 50 Jahren Mitglied der Vereinten Nationen, die USA sind Gründungsmitglied. Die Institution wurde nach dem 2. Weltkrieg gegründet, um den Weltfrieden zu wahren und ist somit heute wichtiger denn je. Dennoch befindet sie sich in einer tiefen Krise.

Für viele wirken die UNO und der für den Weltfrieden verantwortliche UN-Sicherheitsrat wie ein Anachronismus. In seinem Kommentar im Handelsblatt sieht Journalist Jens Münchrath² den Grund dafür einerseits in den USA. Die westliche Führungsmacht war nicht erst mit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten im Jahr 2016 nicht mehr bereit, als Garant der regelbasierten Weltordnung zu agieren. Aus Sicht vieler Länder haben die USA schon mit fragwürdigen Interventionen wie in Afghanistan oder Irak oder mit ihrer rücksichtslosen „America-First-Politik“ ihre Legitimation verwirkt. Zudem kommt der eskalierende Konflikt zwischen den beiden Systemkonkurrenten China und USA.

Dann ist da noch Europa, das zwei der fünf Vetomächte im Sicherheitsrat stellt, aber geopolitisch inzwischen als vernachlässigende Größe gelten muss, so Münchrath. Die EU könne sich aus nationalstaatlichem Egoismus nicht auf einen gemeinsamen Sitz verständigen und Deutschland fordere als eine weitere europäische Mittelmacht das Vetoprivileg für sich.

¹https://de.wikipedia.org/wiki/Vereinte_Nationen (19.09.2023)

² Münchrath, Jens. „Die Vereinten Nationen wirken wie aus der Zeit gefallen“. Handelsblatt online. 18.09.2023. <https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-die-vereinten-nationen-wirken-wie-aus-der-zeit-gefallen/29397530.html> (19.09.2023)

In einer Zeit, in der der globale Süden mehr Einfluss in der UNO fordert, kann die UNO als Ganzes nicht mehr als Instrument des Westens zur Verbreitung seiner Werte weiterbestehen. Die multilaterale Institution, die durch Repräsentation ihrer Macht (erzeugt durch Legitimation und Autorität) Beschlüsse durchsetzen kann, gibt es nicht mehr. Sie wurde Opfer einer neuen Weltordnung.

Grundsätzlich herrscht Einigkeit darüber, dass die Menschheit nur durch gemeinsames Handeln aller gerettet werden kann. Und doch scheint der Wunsch nach gemeinsamem Handeln und regelbasierter Ordnung heute sehr naiv.

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine fand just zu der Zeit statt, als Russland die Präsidentschaft im UN-Sicherheitsrat innehatte, dem wichtigsten UN-Gremium, dessen Aufgabe es ist, für Sicherheit und Frieden in der Welt zu sorgen.

Die UNO wird der zunehmend multipolaren Welt Rechnung tragen müssen. Der Krieg in der Ukraine wird am Ende nicht nur über die Sicherheitsstruktur Europas entscheiden, sondern es geht auch um das künftige Verhältnis zwischen den Nuklearmächten USA, China und Russland. Gemäß Münchrath geht es um die Frage, ob die Weltgemeinschaft eine Weltordnung zu tolerieren bereit ist, in der eine ebenso revisionistische wie imperialistische Macht mit militärischen Mitteln völkerrechtswidrig Fakten schafft – ohne Konsequenzen fürchten zu müssen.

So gehe es bei den Konferenzen der VN-Vollversammlung letzten Endes auch um die Freiheit von Indern, Brasilianern und Indonesiern, die ebenfalls Interesse an einer starken multilateralen Institution haben, die sich für die territoriale Integrität der Staaten einsetzt.

Selten waren Europa und die USA so auf die Unterstützung des globalen Südens angewiesen bei der Durchsetzung des Völkerrechts gegenüber einem zunehmend imperialistisch agierenden Russland wie jetzt. Der Westen muss also seine Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, um überzeugend zu sein.

So werden in New York dieser Tage grundlegende Reformen bei den Vereinten Nationen angemahnt. Deutschland beispielsweise setze sich dafür ein, das „UN-System gerechter, inklusiver und handlungsfähiger zu machen“, erklärte die deutsche Außenministerin Annalena

Baerbock. Dazu gehöre auch eine Reform des UN-Sicherheitsrates, für die sich Deutschland seit Jahren gemeinsam mit Brasilien, Indien und Japan in der sogenannten G4 einsetze.³

Die 17 Nachhaltigkeitsziele der UNO (Agenda 2030)



Quelle: Wikipedia (19.09.2023)

Während Deutschland auch dafür wirbt, die nachhaltigen Entwicklungsziele ins Zentrum der Vereinten Nationen zu rücken (dazu gehört etwa mehr Ehrgeiz bei der Eindämmung der Klimakrise), kündigt eine Staatengruppe um Russland eine Blockade mehrerer Erklärungen an, die in der Vollversammlung angenommen werden sollen. Dazu zählt ein Text, mit dem die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen bekräftigt werden sollten. UN-Generalsekretär António Guterres hatte von einem „Quantensprung“ zur Wiederbelebung der stark in Verzug geratenen Entwicklungsziele gesprochen.⁴

³ <https://www.tagesspiegel.de/politik/nicht-mehr-zeitgemass-baerbock-dringt-in-new-york-auf-grundlegende-reformen-der-uno-10481362.html> (19.09.2023)

⁴ <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/un-generalversammlung-114.html> (19.09.2023)

Das Schreiben unterzeichneten neben Russland auch Belarus, Bolivien, Kuba, Nordkorea, Eritrea, der Iran, Nicaragua, Syrien, Venezuela und Simbabwe. Die Länder beklagen Sanktionen, denen die Staaten unterlägen und die deren Entwicklung schaden.

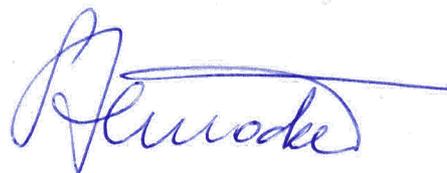
Die im Jahr 2015 entworfenen 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (SDG) für die globale Entwicklung, mit denen beispielsweise Bildung verbessert oder Hunger und extreme Armut bis 2030 beendet werden sollten, sind durch Corona-Pandemie, dem Ukraine-Krieg und der Schuldenkrise in armen Ländern weit weg von ihrem Erreichen. Sollte sich nichts ändern, werden laut UNO 2030 noch immer 575 Millionen Menschen in Armut und mehr als 600 Millionen in Hunger leben. In nur 15% aller formulierten Vorsätze sind die UN auf Kurs.

Ceterum censeo TradeCom Fonds esse emendum!

Mit freundlichen Grüßen



Mag. Reinhard Wallmann
(Geschäftsführer)



Mag. Margot Steinöcker
(Public Relations)

Risikohinweis!!!

Dies ist eine interne Unterlage und ist nur an einen ausgewählten Personenkreis gerichtet. Sie basiert auf dem Wissensstand der mit der Erstellung betrauten Personen und dient der zusätzlichen Information unserer Anleger. Unsere Analysen und Schlussfolgerung sind genereller Natur und berücksichtigen nicht die individuellen Bedürfnisse von Anlegern hinsichtlich Ertrag, steuerlicher Situation oder Risikobereitschaft. Jede Kapitalanlage ist mit Risiken verbunden. Wir übernehmen für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der hier wiedergegebenen Informationen und Daten sowie das Eintreten von Prognosen keine Haftung. Die Unterlage ersetzt keinesfalls eine anleger- und objektgerechte Beratung sowie umfassende Risikoaufklärung. Die steuerliche Behandlung der Fonds ist von den persönlichen Verhältnissen des jeweiligen Kunden abhängig und kann künftig Änderungen unterworfen sein.

Die Wertentwicklung der Vergangenheit lässt keine verlässlichen Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung g Steuern sind in den Performanceberechnungen nicht berücksichtigt und mindern die Rendite der Veranlagung. Ertragsersparungen stellen bloße Schätzungen zum Zeitpunkt der Erstellung der Unterlage dar und sind kein verlässlicher Indikator für eine tatsächliche künftige Entwicklung.

Die aktuellen Prospekte und das Basisinformationsblatt ("BIB") sind in deutscher Sprache auf der Homepage www.securitykag.at (Unsere Fonds/Fonddokumente) sowie am Sitz der Security Kapitalanlage AG, Burgring 16, 8010 Graz als Emittentin und der Liechtensteinische Landesbank (Österreich) AG, Hessgasse 1, 1010 Wien, als Depotbank kostenlos erhältlich.

Beratung und Verkauf erfolgen ausschließlich über befugte Wertpapierdienstleister und Banken. Alle Angaben ohne Gewähr.